

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 26.03.2015	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Amt für Interkulturelles und Internationales	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Gesamtpersonalrat Personalrat Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung Dezernat I Datenschutzbeauftragte ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2015/0120 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Beschäftigtenbefragung zum Migrationshintergrund

Vorlage vom: 20.03.2015

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat beauftragt die Unterarbeitsgruppe „Beschäftigtenbefragung“ der Steuerungsgruppe Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, unter Federführung des Amtes für Interkulturelles und Internationales mit der Durchführung der Beschäftigtenbefragung zur Erfassung des Migrationshintergrundes.
2. Der Magistrat stimmt dem für die Umfrage vorgesehenen Fragebogen zu; die erforderlichen Mittel in Höhe von 4.500 Euro stehen im Haushalt 2015 unter der Kostenstelle 531-010-1000, SK 6139000 zur Verfügung.

Anlagen: Fragebogen: Beschäftigtenbefragung zum Migrationshintergrund

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 20.03.2015

Bereits im Nationalen Integrationsplan aus dem Jahr 2007 haben sich Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände (letztere als Empfehlung an ihre Mitglieder) verpflichtet, den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst unter Berücksichtigung von "Eignung, Befähigung und Leistung" zu erhöhen. Im Jahr 2012 hat der Magistrat mit dem Magistratsbeschluss 2012/0195 (s. Integrationsbericht „Weltoffenes Darmstadt leben und gestalten“) die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung als wichtige integrationspolitische Aufgabe festgelegt und deren Umsetzung beschlossen. In diesem Zusammenhang soll, laut Integrationsbericht, die Erhöhung des Anteils von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Auszubildenden mit Migrationshintergrund entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung vorangetrieben werden.

In der Wissenschaftsstadt Darmstadt haben ca. 27% der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund. Dieser Anteil ist bei den Beschäftigten anzustreben. Dies trägt in der Folge dazu bei, dass sich die Wissenschaftsstadt Darmstadt als attraktive, moderne und weltoffene Arbeitgeberin für ihre gesamte Bürgerschaft präsentieren kann. Hierzu ist es erforderlich den aktuellen Ist-Stand an Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erheben, da diese Daten bisher nicht statistisch erfasst wurden. Gleichzeitig bietet die Erfassung des Migrationshintergrundes für die Verwaltung die Möglichkeit, bislang ggf. wenig genutzte Potentiale sichtbar und ggfls. nutzbar zu machen. Die Verwaltung bleibt vom demografischen Wandel nicht unversehrt: In den nächsten zehn Jahren werden ca. 700 Kolleginnen und Kollegen altersbedingt aus dem Dienst der Wissenschaftsstadt Darmstadt ausscheiden. Diese Entwicklung sowie die zunehmende Dienstleistungsorientierung stellen die Wissenschaftsstadt Darmstadt als Arbeitgeberin und Dienstleisterin vor eine zusätzliche Herausforderung. Gleichzeitig sollen die Qualität und die Effektivität der angebotenen Dienstleistungen durch verbesserte Kundenorientierung für alle Zielgruppen nachhaltig gesteigert werden. Auch in diesem Zusammenhang ist es sinnvoll Menschen mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung in die Arbeit der Verwaltung einzubinden und ihre Potentiale zu nutzen. Dies gilt besonders für eine nachhaltige Gewinnung potenzieller Nachwuchskräfte für eine Ausbildung bei der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Zur Umsetzung des Magistratsbeschlusses 2012/0195 hat Oberbürgermeister Jochen Partsch die Steuerungsgruppe „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ konstituiert. Diese hat die beschriebenen Herausforderungen im folgenden operativen Ziel benannt:

Der Anteil der Beschäftigten und Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund entspricht bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung in allen Hierarchie- und Betätigungsfeldern dem Anteil der städtischen Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann und Maßnahmen zur Umsetzung und Nachhaltigkeit des Zieles abgeleitet werden können, ist es erforderlich eine Beschäftigtenbefragung mittels des beigefügten Fragebogens durchzuführen. Der Fragebogen wurde von der Unterarbeitsgruppe „Beschäftigtenbefragung“ unter Beteiligung des Gesamtpersonalrats, des Personalrats, des Amtes für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung / Abteilung für Statistik und Stadtforschung, der Datenschutzbeauftragten und dem Amt für Interkulturelles und Internationales erarbeitet.

Die Beschäftigtenbefragung richtet sich an Beamtinnen und Beamte, Tarifbeschäftigte, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten. Dabei werden Freiwilligkeit und Anonymität gewahrt.

Der Gesamtpersonalrat hat der Maßnahme in seiner Sitzung am 26.02.2015 zugestimmt.

Darmstadt, 20.03.2015
531 pl

Der Dezernent I

Jochen Partsch
Oberbürgermeister